grh Mitteilungen 2/26

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.
AG Charlottenburg VR 14285 B
Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Telefon: 030 2978 4225 ★ E.-Mail: grh-berlin@gmx.de
Internet: www.grh-ev.org ★ Geschäftszeiten:Dienstag und 1.Donnerstag im Monat 09.00 bis 14.00 Uhr
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

Wir grüßen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR in Berlin, in den BV, KD und OD, die Angehörigen des Wachregiments „Feliks Dzierzynski", die Kundschafter des Friedens, OibE, GM, IM, Helfer und Unterstützer sowie die Zivilbeschäftigten zum 76. Jahrestages der Bildung des Ministeriums am 8. Februar 2026. Wir sind solidarisch mit Manfred N. und erwarten ein rechtsstaatliches Ergebnis im Revisionsverfahren.
Unser Gruß gilt ebenso den Soldaten, Unteroffizieren, Fähnrichen, Offizieren und Generalen aller Waffengattungen zu Lande, im Wasser und in der Luft anlässlich des 70. Jahrestages der Bildung der Nationalen Volksarmee der DDR am 1. März 2026.
Ihr könnt trotz Hetze, Bestrafungen, Verfolgungen, Lügen, Demütigungen, Diffamierungen und Strafrente Stolz sein auf Eure gemeinsam mit internationalen und nationalen Waffenbrüdern erzielten Erfolge zur Gewährleistung des Friedens und der staatlichen Sicherheit der DDR.
Unsere Gedanken sind bei den Verstorbenen.

Der „Pakt für den Rechtsstaat"

Hans Bauer

Das Jahr 2026 begann mit schwersten internationalen Verbrechen. Die USA überfielen mit einem Terrorakt das souveräne Venezuela und verschleppten seinen rechtmäßigen Präsidenten Nicolas Maduro und seine Ehefrau Cilia Flores. Die Gründe sind vorgetäuscht, tatsächlich geht es um Öl und Macht im „Hinterhof" der USA. Eindeutig Akte gegen das Völkerrecht. Eine Vielzahl von Staaten verurteilt dies umgehend scharf. Auch Russland und China. Die EU nicht, Deutschland ebenfalls nicht. Der Kanzler und sein Hofstaat versuchen sich in sprachlichen Verrenkungen. Meinten, die Erkenntnisse seien unzureichend, der Vorgang sei „komplex" (Merz). Auf der Bundespressekonferenz zum Thema drücken sich die Trompeten der Macht um klare Antworten, winden sich in Worthülsen. Kein Aufschrei der vielen „Experten", die uns täglich vorgeführt werden. Wenn überhaupt etwas zu hören ist. Zu offensichtlich das Verbrechen, zu sklavisch die Treue der Abhängigen und Privilegierten.

Verbrechen der USA sind nichts Neues. Und das Schweigen bis zum Tolerieren und Unterstützen durch imperialistische Staaten auch nicht. Denken wir nur an die Ukraine, Palästina, Iran usw. Denken wir an die jüngsten Drohungen gegen Kuba. Alles gehört zum Programm des Imperialismus.

Als die Sowjetunion und das sozialistische Lager noch existierten, konnte so etwas verhindert werden. Z. B. als Kuba 1962 in Gefahr war. Da hatte die Sowjetunion rechtzeitig dagegengehalten. Auch militärisch.

Die Welt hat sich verändert. Sie steht am Rande eines großen Krieges-wie seit 80 Jahren nicht mehr. Diplomatie und Völkerrecht - damals noch weitgehend geachtet - spielen für die westliche Welt, die Koalition der (Kriegs-) Willigen, heute eine völlig untergeordnete Rolle.

Wenn Merz von einem „komplexen" USA-Einsatz spricht, sucht er nach Rechtfertigungen der Verbrechen. Er wird keine überzeugenden Ursachen und Gründe finden können. Venezuela war und ist niemals Gefahr für die USA. Deren Sicherheit oder Souveränität wurden nicht angegriffen. Von

Selbstverteidigung kann also keine Rede sein. Ganz anders Russlands Situation 2022. Wer damals bis heute die Militäroperation „komplex“ betrachtet, für sie also angesichts der NATO-Ausdehnung, der Militarisierung, der Faschisierung und Diskriminierung russischer Bürger in der Ukraine Erklärungen sucht oder gar Verständnis zeigt und dies öffentlich macht, dem drohen harte Konsequenzen. Unzählige Verfahren beweisen das. Angeblich wegen Billigung eines Angriffskrieges. Wie z. B. im Fall des Politikers und Diplomaten Bruno Mahlow, der 2024 in einem publizistischen Beitrag „bis zur letzten Konsequenz“ unter Bezug auf die Kuba-Krise 1962 überlegt hatte, wie der Ukraine-Konflikt beendet werden kann. Das war „komplexe“ Betrachtung einer international akuten Kriegsgefahr. Für eine Verfolgung Mahlows reichte das.

Welcher Staatsanwalt prüft heute, ob Merz wegen Billigung eines Angriffskrieges verantwortlich ist? Nichts anderes ist Merz' Ausrede mit der „Komplexität“ des „USA-Einsatzes“. Es ist die faktische Zustimmung zu diesem Kriegsverbrechen. Wie auch im Nahen Osten, wo Deutschland sogar Waffen an den Aggressor lieferte.

Wo bleibt die Gleichheit vor dem Gesetz? Wo Gerechtigkeit? Schlechte Zeiten für den viel gerühmten Rechtsstaat.

Für 2026 ist in Deutschland ein neuer „Pakt für den Rechtsstaat“ geplant. Wer hier Rückbesinnung auf Internationales und Nationales Recht zum Wohle friedlicher, demokratischer und sozialer Verhältnisse erwartet, irrt.

„Ein starker Rechtsstaat muss für jede und jeden spürbar und sichtbar funktionieren ...“, erklärt Bundesjustizministerin Hubig. Recht hat sie. Für viele ist der starke Rechtsstaat deutlich spürbar - schmerzhaft: mit Einschränkungen von Freiheits-, Versammlungs- und Eigentumsrechten, mit Repressalien, mit Sanktionen, Verfolgungen und Verhaftungen sowie mit sozialen Verwerfungen. EU-Sanktionen genügen noch nicht einmal elementaren Rechtsprinzipien. Eine Änderung ist in Zeiten der Kriegsvorbereitung nicht zu erwarten.

Ein wirklicher „Pakt für den Rechtsstaat“ muss im Sinne der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der UNO-Charta das Völkerrecht und das eigene Grundgesetz zur Wirklichkeit deutscher Politik werden lassen.

Der 8. Februar 1950

Reiner Neubert

An diesem Tag beschloss die Volkskammer der DDR per Gesetz die Bildung des Ministeriums für Staatssicherheit. Dieser Schritt machte sich damals erforderlich, weil man westlich der Elbe die DDR laut Bundeskanzler Adenauer als unerlöste Provinzen betrachtete und diese befreien wollte. Ganze Armeen von Agenten und 8-Groschen-Jungs wurden in das Gebiet der DDR geschleust, um zu schädigen, zu brandschatzen und auch um zu morden. Dem konnte sich die DDR nicht willens- und tatenlos aussetzen. Eine besonders üble und verbrecherische Rolle in der Bekämpfung der DDR spielte die Organisation Gehlen, der Vorläufer des BND, die nach Ende des 2 Weltkrieges umgehend von den Amerikanern für den Kampf gegen die Sowjetunion genutzt wurde. Dabei spielte die Herkunft der Gehlen-Organisation, entstanden aus dem Bereich der deutschen Wehrmacht „Fremde Heere Ost“, keine Rolle. Man nahm ihre faschistische Vergangenheit lediglich zur Kenntnis.

Es gibt eine Aufstellung der Gründungsmitglieder des MfS, die alle in der faschistischen Zeit gelitten hatten, entweder in Gefängnissen und KZ gefangen waren und gefoltert wurden oder als Partisanen und in den Reihen der Roten Armee gegen die faschistischen Angreifer kämpften. Dieser steht eine Auflistung der Mitglieder der Gehlen-Organisation gegenüber, die in den 50er Jahren in den BND überging. Der überwältigende Teil der Führungspersonen waren Angehörige der Wehrmacht, der SS oder NS-Juristen. Dies allein macht den himmelweiten Unterschied zwischen dem MfS und dem BND aus. Der BND war eine eindeutig verbrecherische Organisation und bediente sich dazu solcher feindlichen Organisationen wie der KgU, deren Hauptziel die Schädigung der DDR war. Und wie diese feindlich-subversive Tätigkeit aussah, zeigt folgendes Beispiel:

„*Der Veterinärmediziner aus Leipzig, Walter Schöbe, Mitglied der KgU - Agentengruppe „Tagore“ erklärte am 12. März 1996 wörtlich: „Wir haben jede Gelegenheit ergriffen, Unruhe, und Verwirrung oder Sabotage zu treiben, egal wo. Ob wir falsche Schlachtscheine für Bauern ausstellten... Wir haben Reifentöter an die Autos der Funktionäre, wo wir wussten, es sind welche, hingelegt... Malik (ein hauptamtlicher Mitarbeiter der KgU) sagte zu mir, ihr bekommt Kantharidin für den Notfall, wenn militärische Auseinandersetzungen kommen sollten, das ihr irgendein Gift in der Hand habt, um den Gegner – also es handelt sich nur um russische Soldaten, russische Offiziere – kampfunfähig zu machen...Ich muss heute sagen, dass diese Methoden doch harte Methoden waren und ich aber in keiner Weise, auch heute nicht, diese Methoden verurteile.“ (Autor Horst Liebig)*

Wie die Geschichte zeigte hatte der BND und andere der DDR feindlich gegenüberstehende Vereinigungen aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Das Ministerium war ein Instrument, das mit geheimdienstlichen Mitteln sich zu wehren im Stande war. Aufklärungs- und Abwehrorgane des MfS machten mehr als 5000 Agenten nicht nur des BND und des Verfassungsschutzes, sondern auch Spione anderer westlicher Geheimdienst dingfest. Dazu trug insbesondere die vernetzte und auf Vorbeugung ausgerichtete Tätigkeit bei, die feindliche Handlungen rechtzeitig erkannte und unschädlich machen konnte.

Nach der als Wende bezeichneten Konterrevolution 1989/90 wurde das MfS absichtlich zur Zielscheibe jeglicher Verleumdung und Hetze gemacht. Mainstreammedien kommen bis heute nicht umhin, das Kapitel MfS immer wieder neu aufzuwärmen. Es dient einzig und allein dazu, die eigenen Versäumnisse der Alt-BRD vergessen zu machen. (siehe auch Zeitschrift „Rotfuchs“ Januar 2026, Seite 29, Beitrag von Dr. Heinz Günter)

Unvergessen - Heinz Keßler

Raimon Brete, TAG Chemnitz

Sohn deutscher Kämpfer gegen den Faschismus und Wehrmachtsdeserteur

Heinz Keßler wurde am 26. Januar 1920 in Lauban in Schlesien geboren und entstammte einer Arbeiterfamilie. Seine Eltern zogen 1923 nach Chemnitz. Sie waren Kommunisten und wurden in der Zeit des Faschismus mehrmals in faschistischen Konzentrationslagern inhaftiert.

Drei Wochen nach Beginn des Krieges gegen die Völker der Sowjetunion lief er am 15. Juli 1941 zur Roten Armee über. In Folge seines Übertritts wurde er vom Reichskriegsgericht als Fahnenflüchtling zum Tode verurteilt und seine Mutter, Hedwig Keßler, im KZ Ravensbrück inhaftiert. Nach der Befreiung durch die Rote Armee engagierte sie sich später für den Aufbau einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung als Stadtverordnete in Chemnitz/Karl-Marx-Stadt.

Keßler gehörte zu den Mitbegründern des Nationalkomitee Freies Deutschland in Krasnogorsk und unterschrieb das Manifest vom 12. Juli 1943. Er rief deutsche Soldaten zum Überlaufen auf. Im Mai 1945 kehrte er als Angehöriger der Roten Armee nach Berlin zurück. 1945 war Keßler Mitglied des Zentralen Antifaschistischen Jugendausschusses und 1946 eines der Gründungsmitglieder der Freien Deutschen Jugend.

Heinz Keßler war Stellvertreter des Ministers und Chef des Hauptstabes im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. Danach war er Mitglied des Militärrates des Vereinten Oberkommandos des Warschauer Pakts. Später war er Stellvertreter des Ministers für Nationale Verteidigung und Chef der Politischen Hauptverwaltung. Am 3. Dezember 1985 übernahm Keßler vom verstorbenen Heinz Hoffmann das Amt des Verteidigungsministers. 1986 wurde er Mitglied des Politbüros des ZK der SED und war Abgeordneter der Volkskammer.

Die Zerschlagung der Sowjetunion hat ihn genauso geschmerzt wie der Verlust seines Vaterlandes DDR. Am 16.September 1993 verurteilte ihn das Berliner Landgericht zu siebeneinhalb Jahren Haft, die er fast vollständig verbüßen musste, bis er im Frühjahr1998 aus Gesundheitsgründen ein halbes Jahr vorzeitig aus der Haft entlassen wurde. Heinz Keßler blieb sich und seiner Sache treu, als Antifaschist, Internationalist, Friedenskämpfer und Kommunist. Er war ein Freund der Sowjetunion und Kubas. Noch im hohen Alter wurde er Mitglied der DKP und der GRH.
Heinz Keßlers verstarb am 2. Mai 2017 in Berlin.

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Februar und wünscht ihnen beste Gesundheit, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben. Unser besonderer Gruß gilt den folgenden Jubilaren:

zum 99.Geburtstag
Hans Prüfer, Berlin

zum 96.Geburtstag
Rudi Sonntag, Berlin

zum 95.Geburtstag
Joachim Herfurth, Raguhn-Jeßnitz
Heinz Ulbrich, Berlin

zum 94.Geburtstag
Horst Juch, Berlin

zum 91.Geburtstag
Ursula Eichstädt, Chemnitz

zum 90.Geburtstag
Egon Greiner, Teltow

zum 85.Geburtstag
Günter Leo, Berlin
Paul Prem Manasvi, Indien
Reiner Kotulla, Sonneberg

zum 70.Geburtstag
Matias Völker, Berlin

zum 65.Geburtstag
Jens Thierfelder, Berlin

Ein geschichtsträchtiger Monat

Dieter Stiebert

Im Januar 1919 ermordeten Freikorpsangehörige die Führer der neu gegründeten Kommunistischen Partei Deutschlands Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Ihrer und anderer ermordeter und verstorbener Kämpfer gegen Krieg und Faschismus, für Frieden, Sozialismus und Freiheit, gedenken jährlich im Januar Zehntausende in der Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin. Unter ihnen auch Mitglieder unserer Gesellschaft. Die GRH war trotz behördlicher Hindernisse auch in diesem Jahr wieder gemeinsam mit ISOR mit einem Informationsstand dabei, auch wenn uns manch einer vermisst haben könnte. Denn man hatte uns diesmal in die Rüdigerstraße, zwar in die Sonne aber weit ab vom durchgehenden Demonstrationszug, verfrachtet.
Als Unterstützer und mit einem Informations- und Bücherstand war die GRH auch bei der 31.

Internationalen Rosa-Luxemburg-Konferenz der jungWelt erfolgreich vertreten.

Mit der Machtübernahme durch die Hitlerregierung am 30. Januar 1933 begannen die Jahre der faschistischen Diktatur in Deutschland, die Jahre des Terrors, der Kriegsvorbereitung und schließlich des blutigsten aller bisherigen Kriege. Die Hauptaufgabe der Hitlerdiktatur bestand darin, im Interesse des deutschen Monopolkapitals, der Junker und Militaristen die Kraft der deutschen Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten zu brechen, auch die anderen Kräfte des Volkes zu unterjochen und für einen Krieg willfährig zu machen.*)

Vor 83 Jahren – am 18. Januar 1943 – durchbrachen die Truppen der Roten Armee die Blockade von Leningrad. Dadurch wurden die Landverbindungen Leningrads mit dem Festland, die durch die Belagerung durch die deutsche Wehrmacht sowie finnischer, spanischer und italienischer Truppen seit September 1941 unterbrochen waren, wiederhergestellt. Ein Jahr später startete die Rote Armee die Operation „Januardonner“ und beendete schließlich die 872-tägige Blockade Leningrads. 650.000 bis eineinhalb Millionen Männer, Frauen und Kinder der Stadt starben durch Kälte, Artilleriebeschuss, Luftangriffe und vor allem Hunger.

Am 27. Januar 1945 befreite die Rote Armee die verbliebenen Häftlinge des KZ Auschwitz, das ab April 1940 jüdische Zwangsarbeiter auf dem Gelände einer vormals polnischen Kaserne errichten mussten. Die Soldaten trafen auf rund 7.000 zurückgelassene, zumeist kranke und entkräftete Häftlinge. Wegen der näher rückenden sowjetischen Truppen hatte die SS im Januar 1945 beschlossen, die noch über 60.000 Häftlinge in den Haupt- und Nebenlagern zu evakuieren. Bei den Todesmärschen und den anschließenden Weitertransporten sind bis zu 15.000 Häftlinge erschossen worden oder sie starben vor Erschöpfung. Von den mindestens 1,3 Millionen Menschen, die aus allen Teilen des besetzten Europas in den Lagerkomplex Auschwitz deportiert wurden, wurden schätzungsweise 1,1 Millionen Männer, Frauen und Kinder ermordet. Der größte Teil der Häftlinge wurde unmittelbar nach Ankunft in Auschwitz-Birkenau in Gaskammern umgebracht, andere starben durch Hunger, Misshandlung und Folter, körperliche Erschöpfung oder Krankheit. Jüdinnen und Juden waren unter den nach Auschwitz deportierten Personengruppen mit etwa 1,1 Millionen Menschen die mit Abstand größte Gruppe. Rund 960.000 von ihnen wurden in Auschwitz ermordet. Die zweitgrößte Gruppe stellten nichtjüdische Bürger Polens. Weitere Opfer waren Sinti und Roma, sowjetische Kriegsgefangene, Widerstandskämpfer und andere politische Gegner und Homosexuelle.

*) Frei nach „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Band 5, Seite 11/12, Dietz Verlag Berlin 1966

Unser Genosse Andreas Maluga ist verstorben

Über viele Jahre war Andreas Maluga das Gesicht des DDR-Kabinetts in Bochum. Eng mit der GRH verbunden, war er mit seinem Kollektiv Aufklärer über den ersten sozialistischen Staat auf deutschem Boden. Solidarisch begleitete er die Prozesse der bundesdeutschen Klassenjustiz gegen Kommunisten und Sozialsten aus der DDR sowie gegen die Kundschafter des Friedens. Mit unzähligen Veranstaltungen trug er im „tiefen Westen“ dazu bei, Geschichtsfälschungen zu entlarven und die Kriegspolitik des deutschen Imperialismus zu entschleiern. Als treuer Freund der Sowjetunion wirkte er offensiv für freundschaftliche Beziehungen zu Russland. Andreas war uns ein guter Freund und Genosse, beliebt, geschätzt und geachtet. Sein Tod erfüllt uns mit großer Trauer. Seine Verdienste sind unvergesslich.
Vorstand der GRH

Nachruf für Jochen Sladko

Am 18.12.2025 verstarb der langjährige Vorsitzende der TAG Erfurt, Oberst a.D. Jochen Sladko. Als Angehöriger der Grenztruppen der DDR seit 1964, zuletzt als Stellvertreter des Kommandeurs und Leiter der Politabteilung im Grenzkommando Süd, hat er erfolgreich zur Sicherung der Staatsgrenze im Süden der Republik beigetragen. Wir verlieren mit Jochen Sladko einen pflichtbewussten, standhaften und treuen Genossen und Kameraden, verneigen uns vor seiner Lebensleistung und werden ihm stets ein ehrendes Gedenken bewahren.
AG Grenze

Wir gedenken unserer verstorbenen Mitglieder

Hans Furch aus Zella-Mehlis/Benshausen
Er verstarb am 11. Dezember 2025
im Alter von 85 Jahren

Joachim Sladko aus Erfurt
Er verstarb am 18. Dezember 2025
im Alter von 81 Jahren

Karl Schönley aus Leipzig
Er verstarb im Januar 2026
im Alter von 91 Jahren

Andreas Maluga aus Bochum
Er verstarb am 27. Januar 2026
im Alter von 62 Jahren

Hans-Jürgen Renkwitz aus Bestensee
Er verstarb im Januar 2026
im Alter von 68 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen
Der Vorstand, TAG Erfurt, Leipzig